

Wahlsoziologie und individualistische Theorie. Zur theoretischen Bewältigung empirischer Forschung

Reinhard Zintl (München)

1. Fragestellung

Das individualistische Programm zielt nicht auf die Erklärung individuellen Verhaltens, sondern auf die Erklärung kollektiver Regelmäßigkeiten unter Verwendung von Aussagen über individuelles Verhalten und unter Verwendung expliziter Aggregationsregeln. Die Mikrofundierung muß also nicht reduktionistisch angelegt sein - es ist nicht notwendig, daß die Mikroebene in einer gesondert überprüften Mikrotheorie abgebildet wird. Da andererseits das Programm belanglos wird, wenn die Aussagen über individuelles Verhalten frei wählbar sind, muß geklärt werden, wie eine zugleich nichtreduktive und nichtleere Mikrofundierung aussehen kann. Diese dieses Beitrages ist, daß eine solche Ebenenverknüpfung am ehesten durch Rationalmodelle, die bestimmten Anforderungen genügen, geleistet wird. Kurzfristige Wählerbewegungen wurden als Beispielsfall gewählt, die hier die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene als unproblematisches Vorhaben anzusehen ist - Wahlergebnisse sind ex definitione Aggregate von Individuenhandlungen.

2. Die individualistische Rekonstruktion von Wählerbewegungen

Ohne substantiell-theoretische Vorentscheidungen kann man individuelles Wahlverhalten in einem Distanzenmodell formulieren: Das Individuum definiert einen subjektiven Raum, in dem es sich selbst und den Parteien Positionen zuordnet; es wählt die nächstliegende Partei. Geht man von einem gemeinsamen Raum für das Elektorat aus, so impliziert das bereits Hypothesen über nichtidiosynkratische Kriterienwahl. Solche Modelle erfassen die Mikroebene über ein Rationalmodell (Distanzenminimierung) und bewerkstelligen die Aggregation auf der Basis der Verteilung der Individuen im Raum (vgl. Stokes 1963; Davis/Hinich/Ordeshook 1970). Geht man zusätzlich davon aus, daß die Dimensionen des Raumes reale gesellschaft-

liche Tatbestände verarbeiten, dann implizieren solche Modelle die These, daß Wählen eine Form der Bewältigung realer Probleme ist.

Kurzfristiger Wandel wird in derartigen Entwürfen mit Hilfe der Unterscheidung von Positions- und Valenzissues bewältigt: Positionsissues bestimmen langfristige Stimmpotentiale, Valenzissues modulieren kurzfristige Schwankungen auf. Das führt unter anderem zu der Behauptung, daß bei Kurzfristschwankungen Klienteleneffekte nicht vorkommen dürfen. Soweit die Wählerreaktion auf unterstellte Valenzissues nicht allein von der Regierungsrolle, sondern auch davon abhängt, welche Partei an der Regierung ist, hat man es ja nicht mehr mit Valenzissues zu tun. Der empirische Befund ist zwiespältig. Einerseits gibt es Hinweise genug auf die Leistungsfähigkeit des Ansatzes, andererseits werden regelmäßig auch Klienteleneffekte berichtet (vgl. die Übersichten von Rattinger 1980 und Jung 1985).

Eine Möglichkeit, mit dieser Anomalie umzugehen, besteht darin, das "Eigentum" einzelner Parteien an bestimmten Valenzissues explizit zu berücksichtigen und Wählerbewegungen über die Veränderung der Dringlichkeit der einzelnen Issues zu erklären (vgl. Budge/Fairlie 1983). Die Nichtkonvergenz der Parteien hinsichtlich der Valenzissues wird damit erklärt, daß die Parteienkonkurrenz eben nicht in einem gemeinsamen Raum stattfindet, sondern daß immer nur Segmente des Raumes sichtbar werden, daß also die Rationalitätsannahmen des räumlichen Modells unangemessen sind (vgl. auch Laver 1978). Man hat dann aber Schwierigkeiten, theoretisch zu bewältigen, daß es ja offensichtlich einen Bezug zwischen realen Vorgängen und der Dringlichkeit von Issues gibt (vgl. Budge/Fairlie 1983, 129 f), also einen Zusammenhang zwischen Ereignissen einerseits, Perceptionen, Bewertungen und Reaktionen andererseits, der genau der Gegenstand der kritisierten Rationalmodelle war.

Es kann also genau genommen nicht um die Angemessenheit von Rationalmodellen allgemein gehen, sondern nur um die Angemessenheit einer bestimmten Spezifikation. Untersucht man die vorliegenden räumlichen Modelle genauer, so wird man rasch fündig:

Auffällig an der Konstruktion ist der Verzicht auf das Kernstück von Rationalrekonstruktionen, nämlich die Modellierung im Hinblick auf Restriktionen. Valenzissues werden eingeführt als sei das Optimum immer ein Maximum, in einer Welt endlicher Ressourcen eine höchst unplausible Vorgabe. Viel plausibler wäre es, auch hier Opportunitätskosten explizit zu berücksichtigen. Am einfachsten kann das geschehen, wenn man den Tradeoff ernst nimmt, der auch zwischen Valenzissues besteht - "Staatsverantwortung" und "Förderung individueller Initiative" (vgl. Budge/Fairlie 1983, 28 f.) etwa sind eben nicht separate Angelegenheiten, sondern stehen in einem Konkurrenzbezug. Individuen sind hier genauso wenig einseitig verteilt wie bei Positionsissues, Konvergenz der Parteien ist ebensowenig zu erwarten wie dort. Wählerbewegungen kommen zustande, weil die regierende Partei nicht immer den angestrebten Punkt auf der Tradeoff-Linie zu realisieren imstande ist. Man erhält in dieser Betrachtung eine Mikrofundierung mit Hilfe eines Rationalmodells, das weder spezifische Präferenzen noch vollkommene Information voraussetzt und das beide zunächst vorgestellten Modelle zu integrieren imstande ist, ohne mit ihren Anomalien belastet zu sein.

3. Allgemeine Überlegungen

Anhand des skizzierten Beispiels kann nun die allgemeine These des Beitrages wieder aufgenommen werden. Als angemessen und fruchtbar für eine individualistische Theoriebildung wird hier eine Ebenenverknüpfung angesehen, die nicht zugleich Reduktion ist, die Mikrofundierung durch Rationalmodelle. Angemessen deshalb, weil solche Modelle - im Gegensatz zu Mikrotheorien - die Sparsamkeit der Mikroaussagen gewährleisten, die Voraussetzung der Aggregation ist. Fruchtbar deshalb, weil Rationalmodelle, obwohl nicht auf der Mikroebene überprüft, diese Ebene dennoch in nichtleerer Weise ins Bild setzen. Sie modellieren nicht Individuen, sondern Situationen.

Werden Rationalmodelle als Theorien über Individuen verwendet, so sind sie überflüssig: Man kommt dann nicht umhin, die akzeptierten Mikrotheorien vollständig zu inkorporieren und erhält

im Erfolgsfalle nur eine Neuformulierung dieser Theorien in einer anderen Sprache. Führt man stattdessen individuelle Präferenzen etc. ad hoc ein, dann sind solche Modelle leer. Weder leer noch überflüssig sind sie dann, wenn sie auf der Basis situativer Bedingungen formuliert werden und wenn sie akzeptable Annahmen hinsichtlich individueller Entscheidungsregeln zugrundelegen. Im letztgenannten Aspekt liegt erst der Bezug zu Mikrotheorien: als "akzeptabel" sollen die Annahmen dann gelten, wenn sie akzeptierte Mikrotheorien nur dort außer Kraft setzen, wo dies keine gravierenden und nur theoretisch rekonstruierbare Verhaltensänderungen zur Folge hat. Wenn Maximierungsmodelle zu nicht wesentlich anderen Folgerungen führen als "realistischere" Modelle und wenn letztere mit dem Stand der Mikrotheorie vereinbar sind, dann ist diese Bedingung erfüllt. Rationalmodelle als Mikrofundierung errichten weder eine eigene Welt, noch bilden sie die angezielte Welt komplett ab. Sie werden durch Mikrotheorien kontrolliert, aber sie sollten nicht mit ihnen konkurrieren (für die entgegengesetzte Position vgl. Moe 1979).

Meine These ist, daß jede nichtreduktive Mikrofundierung auf derartige Rationalmodelle angewiesen ist. Meine Vermutung ist, daß dies zugleich die einzige nichtnormative Verwendung darstellt, in der Rationalmodelle etwas leisten.

Literaturverzeichnis:

- BUDGE, I./FAIRLIE, D.J. 1983: Explaining and Predicting Elections, London.
- DAVIS, O.A./HINICH, M.J./ORDESHOOK, P.C. 1970: "An Expository Development of a Mathematical Modell of the Electoral Process," American Political Science Review 64, 426-448.
- JUNG, H. 1985: "Ökonomische Variablen und ihre Folgen: Ein kritischer Literaturbericht," in Oberndörfer, op.cit.61-95
- LAVER, M. 1978: "On Defining Voter Rationality and Deducing a Model of Party Competition," British Journal of Political Science 8, 253-256.
- MOE, T.M. 1979: "On the Scientific Status of Rational Models," American Journal of Political Science 23, 215-243.
- RATTINGER, H. 1980: Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- STOKES, D.E. 1963: "Spatial Models of Party Competition," American Political Science Review 57, 368-377.